

Nr. 18/904

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Duale Ausbildung im Handwerk stärken – Meisterbrief nicht entwerfen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 10. Dezember 2013

(Drucksache [18/1211](#))

Nr. 18/905

Auf Homophobie entschlossen reagieren

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 19. September 2013

(Drucksache [18/1063](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unter breiter Beteiligung einen umsetzungs- und maßnahmenorientierten Aktionsplan Homophobie bis Ende 2014 zu erarbeiten, der sich an den Lebenswirklichkeiten orientiert und dabei gesellschaftlich relevante Felder und deren Institutionen betrachtet.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat hiervon unabhängig auf, bis zum 30. Juni 2014 die Sonderzuständigkeiten für homophobe Straftaten bei Polizei und Staatsanwaltschaft festzulegen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine für alle verbindliche Handreichung für den Sexualekundeunterricht zu erstellen, deren Ziel es auch sein muss, die gesellschaftlich noch vorhandenen Stereotype gegen Homosexuelle abzubauen und die Lebenswirklichkeit von Schwulen und Lesben aufzugreifen.
4. Gleichfalls fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, das eigene Diversitymanagement zeitnah zu überprüfen und über die Ergebnisse und Veränderungserfordernisse dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich bei den von Bremen beherrschten Unternehmen dafür einzusetzen, dass diese die „Charta der Vielfalt“ unterschreiben und eigene Diversitymanagementansätze in ihre Personalgewinnung und -führung implementieren und hierüber ebenfalls dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zu berichten.

Nr. 18/906

Schaffung und Förderung von barrierefreiem Wohnraum in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 24. September 2013

(Drucksache [18/1064](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2013

(Drucksache [18/1105](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/907

Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA nicht hinter verschlossenen Türen verhandeln

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. September 2013

(Drucksache [18/1078](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2013

(Drucksache [18/1187](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/908

Verantwortung für Offshore-Windenergie-Investitionen gemeinsam tragen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Oktober 2013

(Drucksache [18/1103](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die während der achten Maritimen Konferenz formulierten Forderung an den Bund, wegen der nationalen Bedeutung der Offshorewindenergie verbindliche Rahmenbedingungen und klare Zusagen zur Finanzierung der für die Entwicklung der Branche unverzichtbaren Infrastrukturinvestitionen zu formulieren.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zusammen mit den übrigen deutschen Küstenländern ein abgestimmtes Vorgehen zur Zukunftssicherung der Windenergiebranche zu entwickeln, das unter anderem die bedarfsgerechte Errichtung der erforderlichen Infrastruktur sicherstellt.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, dem Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen sowie der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung über den Umsetzungsstand zu berichten.

Nr. 18/909

„Budget für Arbeit“ in Bremen einführen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. September 2012

(Drucksache [18/569](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/910

„Budget für Arbeit“ in Bremen einführen

Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
vom 8. November 2013

(Drucksache [18/1120](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Absatz 1 wie folgt zu:

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend erwartet die Vorlage eines Konzepts der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen in Abstimmung mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie dem Senator für Gesundheit zur Einführung eines Budgets für Arbeit in Bremen.

Der Absatz 2 des Antrags ist durch die Ablehnung der Drucksache 18/569 erledigt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend Kenntnis.

Nr. 18/911

Keine Bremer Unterstützung für die Abschottung der europäischen Außengrenzen – FRONTEX-bezogene Wirtschaftsförderung stoppen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Oktober 2013
(Drucksache [18/1110](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/912

Marode Kajen in den bremischen Häfen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Oktober 2013
(Drucksache [18/1111](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2013

(Drucksache [18/1188](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/913

Konzept zur Kajensanierung vorlegen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Januar 2014
(Drucksache [18/1241](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/914

Förderung und Sanierung von Sportstätten im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. November 2013
(Drucksache [18/1114](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. Januar 2014

(Drucksache [18/1229](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/915

Bunkerabrisse genehmigungspflichtig machen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. November 2013
(Drucksache [18/1122](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/916

Bunker-Nachnutzungen verlässlich, sicher und transparent entwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Januar 2014
(Drucksache [18/1240](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. ein begleitendes verbindliches Verfahren und verbindliche Kriterien zu entwickeln, nach denen Bunker aus bremischem Besitz genutzt, ausgeschrieben und vergeben werden sowie umgebaut oder beseitigt werden können.
Dieses Verfahren soll regeln:
 - a) verbindlich zu vereinbarende Um- oder Nachnutzungen der Anlagen und deren städtebauliche und architektonische Qualität,
 - b) verbindliche Abbruch- bzw. Umbaukonzepte,
 - c) nachzuweisende Beweissicherung und nachzuweisenden Versicherungsschutz zur Schadensregulierung von Schäden in Nachbarschaften und Umfeld der Anlagen,
 - d) ein Kommunikationskonzept mit Informationspflicht der Nachbarschaft während der bunkerspezifischen Baumaßnahmen.
2. die Anwendung dieser Kriterien und Verfahren zum verbindlichen Vertragsbestandteil bei der Veräußerung von Bunkern aus städtischem Besitz zu machen.
3. Verkaufs- und Entwicklungspläne bremischer Bunkeranlagen grundsätzlich der Immobilienkommission vorab zur Beratung vorzulegen, um die Vergabe ressortübergreifend fachlich und politisch zu beraten und an ein Gesamtkonzept aus Preis, Um- bzw. Abbaufahren und Folgenutzung zu knüpfen.
4. eine Aufstellung aller Bunkeranlagen in Bremen und Bremerhaven zu veröffentlichen, aus der
 - a) die Besitzverhältnisse (privat, bremisch oder Bundesbesitz),
 - b) der bau- und nutzungsrechtliche Rahmen,
 - c) Verwertungspläne-, -stände und -zeitpläne sowie (un)mögliche Nach- und Umnutzungen oder Abrisse jeder Anlage hervorgehen.
5. zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie im Zuge der Novellierung der Landesbauordnung der Abbau von Bunkeranlagen besonders geregelt werden sollte.
6. der staatlichen Deputation für Bau, Umwelt, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie darüber bis zum Sommer 2014 Bericht zu erstatten.

Nr. 18/917

Altschuldentilgungsfonds zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Dezember 2013
(Drucksache [18/1181](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Die hohen Zinslasten der Länder und Kommunen stellen – in unterschiedlichem Maße – ein großes Problem bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen dar. Sie stehen erst recht einem Abbau der Altschulden im Weg.
2. Durch die Einführung eines Altschuldentilgungsfonds können die Zinslasten von Ländern und Kommunen langfristig und nachhaltig reduziert werden. Der geordnete Ausstieg aus der Schuldenfalle ist von allgemeinem Interesse und daher eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Landesregierung auf, sich im Bund und bei den Ländern für eine faire und nachhaltige Altschuldenregelung einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, mögliche Ausgestaltungen eines einzurichtenden Altschuldentilgungsfonds zu prüfen und dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss bis zum 30. Juni 2014 zu berichten.

Nr. 18/918

Sicherheitspartnerschaft für Offshorewindparks

Antrag der Fraktion der CDU

vom 2. Oktober 2012

(Drucksache [18/587](#))

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 18/919

Sicherheitspartnerschaft für Offshorewindparks

Bericht und Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

vom 3. Dezember 2013

(Drucksache [18/1192](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, beim Bund auf die Vorlage eines gemeinsam mit den Küstenländern und den europäischen Nord- und Ostseeanrainern zu erarbeitenden Sicherheits- und Notfallkonzepts für Offshorewindparks hinzuwirken. Das Konzept ist mit den Windparkbetreibern und allen mit der Rettung auf See befassten Institutionen abzustimmen. Dabei ist zwischen Bund, Ländern und Unternehmen abschließend zu klären, ob dem Havariekommando die interimsmäßig zugeordnete Zuständigkeit für die staatliche Daseinsvorsorge in der AWZ endgültig übertragen werden soll.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, beim Bund darauf hinzuwirken, dass bis zur abschließenden Klärung aller offenen Punkte, insbesondere der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern in der subsidiären staatlichen Daseinsvorsorge und der damit verbundenen Kostenfragen, die bestehenden Rettungsstrukturen für komplexe Schadenslagen (Zuständigkeit des Havariekommandos, Einsatzbereitschaft der Offshore-Notfall-Reaktionsteams usw.) auch finanziell abgesichert werden.
3. Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Finanzierung einer Notfalleitstelle durch die Unternehmen der Offshore-Branche sowie die Übertragungsnetzbetreiber erfolgt.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich zum Schutz der in Offshorewindparks Beschäftigten auf allen Ebenen für die Sicherung der hohen deutschen Standards bei Qualifikation, Arbeitsbedingungen, Arbeitssicherheit, Bauvorschriften und anderen Normen zu engagieren und sich bei notwendigen zwischenstaatlichen Harmonisierungen an diesen zu orientieren.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat darzulegen, wo bei Notfällen in Offshorewindparks die Schnittstelle zwischen betrieblicher Verantwortung und staatlicher Daseinsvorsorge liegt und wie das Land Bremen im Rahmen seiner Zuständigkeit für den allgemeinen Rettungsdienst die aus Notfällen in Offshorewindparks resultierenden Aufgaben erfüllt.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung über die eingeleiteten Aktivitäten und erzielten Ergebnisse zu berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen Kenntnis.

Nr. 18/920

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bremischen Mindestlohn zeitnah anpassen und umsetzen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 4. Dezember 2013
(Drucksache [18/1193](#))
2. SPNV-Haltepunkt Universität/Technologiezentrum – Zwischenbericht
Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2013
(Drucksache [18/1219](#))
3. Entschlossen gegen K.-o.-Tropfen handeln
Antrag Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 19. Dezember 2013
(Drucksache [18/1222](#))

